

DAS WAHLKAMPFJAHR 2024 IN BRANDENBURG

Rechtsruck, Gewalt und zivilgesellschaftlicher Widerstand



Abschlusskonzert auf dem Potsdamer Luisenplatz der Initiative „Kein Bock auf Nazis“ am 21.9. © Presseservice Rathenow

Das am 22. September verkündete Ergebnis der Landtagswahl barg keine großen Überraschungen: Die extrem rechte AfD erzielte weitere Zugewinne und wurde mit über 29 Prozent der Stimmen die zweitstärkste Kraft im Brandenburger Landtag. Auch wenn die Regierung mit großer Sicherheit weiterhin sozialdemokratisch geführt werden wird, gehen rechte Kräfte 2024 aus Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen gestärkt hervor – sowohl politisch als auch gesellschaftlich.

Trotzdem darf nicht aus dem Blick geraten, mit welcher Kraftanstrengung Menschen landauf und landab versuchten, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Bündnisse wurden geschmiedet, Kundgebungen und Demonstrationen organisiert. Auch die Opferperspektive und ihre Mitarbeiter:innen beteiligten sich vielfach, hielten Redebeiträge von Angermünde bis Jüterbog, sprachen auf Veranstaltungen und stellten Infostände. Dabei sind wir mit den unterschiedlichsten Leuten ins Gespräch gekommen – seien es Schüler:innen oder Rentner:innen, langjährig Engagierte oder Menschen, die in der aktuellen Lage erstmalig politisch aktiv wurden.

Die Opferperspektive spielt, so wurde uns wieder deutlich, für all diese Menschen eine

wichtige Rolle: als eine kontinuierliche und verlässliche Kraft im Kampf gegen Rechts, die viele lokale Projekte und Initiativen begleitet, aber oft leider auch überdauert hat. Daraus erwächst die Verantwortung, auch in Zukunft für die Aktiven vor Ort und die Betroffenen von rechter Gewalt und Diskriminierung da zu sein. Denn der Rechtsruck hat für unsere Ratsuchenden und ihre Communities unmittelbare Konsequenzen.

Damit ist nicht nur die Hemmschwelle zur Gewalt gemeint, die gerade im Wahlkampf vielerorts weiter sank, sondern auch der geringer werdende Resonanzraum, wenn man rechte Gewalt, Rassismus und Diskriminierung anklagt. Wo vor wenigen Jahren kommunale Amtsträger:innen noch offen und gesprächsbereit waren, sind Türen nun geschlossen. Wo wir früher noch auf Verständnis für die prekäre Lage von Geflüchteten stießen, halten nun die meisten deren Benachteiligung für legitim. Dies und die abnehmende Solidarität und Offenheit in größeren Teilen der Brandenburger Gesellschaft nehmen unsere Ratsuchenden deutlich wahr.

Angesichts dessen – und bei fast 30 Prozent Zustimmung für eine Partei, die Deportationspläne schmiedet – kann es nicht verwundern, dass in Brandenburg wieder Menschen auf

gepackten Koffern sitzen, weil sie und ihre Familien nicht in einem alltäglichen Klima der Angst und Einschüchterung leben wollen. So winken Ratsuchende ab, wenn wir sie darüber informieren, wie lange ein Strafverfahren üblicherweise dauert. Bis zum Prozess würden sie sowieso nicht mehr im Land leben, erzählen sie.

Durch den Bruch der Ampelkoalition im Bund steht nun der nächste Wahlkampf unmittelbar bevor. Durch fehlende Haushalte auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene stehen weite Teile der Förderung der Opferperspektive infrage. Unsere allgemeine Antidiskriminierungsberatung ist besonders hart davon getroffen, denn das Bundesprogramm „respekt.land“ wird aufgrund des fehlenden Bundeshaushalts vorzeitig beendet. Wir wissen deshalb gerade nicht, ob es die Beratungsstelle im kommenden Sommer noch geben wird.

Und trotzdem: Wir werden weiterhin gemeinsam mit und für unsere Ratsuchenden, mit unseren Freund:innen und Bündnispartner:innen für ein solidarisches Brandenburg eintreten.

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.

INHALT

01 EDITORIAL

02 INTERVIEW MIT
MAICA VIERKANT

03 VOR ORT: COTTBUS, HOHEN
NEUENDORF, ORANIENBURG,
RATHENOW

04 KURZNACHRICHTEN, BUCH-
REZENSION, KONTAKT

„AUFHÖREN IST KEINE OPTION“

Gespräch mit Maica Vierkant vom Aktionsbündnis Brandenburg



Leiterin der Geschäftsstelle Maica Vierkant
© Aktionsbündnis Brandenburg

Ihr wart mit eurer Kampagne „Schöner Leben ohne Nazis“ dieses Jahr viel in Brandenburg unterwegs. Gibt es ein Ereignis, das euch besonders im Gedächtnis geblieben ist?

Davon gibt es total viele! Im Vergleich zu den Vorjahren besuchten wir im Zeitraum von Mai bis Oktober sehr viel mehr Orte in Brandenburg – insgesamt waren es 30. An fast jedem Tour-Tag gab es beeindruckende, herausfordernde und auch sehr berührende Momente. Es ist die Vielfältigkeit der Herausforderungen, die uns im Kopf geblieben ist. Besonders beeindruckt hat uns daher das vielfältige Engagement und der unerschütterliche Mut der Brandenburger:innen, sich gegen Nazis im eigenen Ort stark zu machen.

Was sind eurer Einschätzung nach die größten Herausforderungen für die Menschen in Brandenburg, die sich gegen Rechts engagieren?

Zuallererst muss man leider sagen, dass es wirklich erschreckend ist, wie aggressiv die Stimmung in den letzten Monaten überall in Brandenburg geworden

ist. Sehr viele Engagierte berichten von rechten Bedrohungen, Anfeindungen und auch Übergriffen. Sich in dieser Stimmung für eine offene Gesellschaft stark zu machen, erfordert viel Mut und Ausdauer. Hier sind wir alle gefragt und müssen darüber sprechen, wie wir diesen Menschen den Rücken stärken und wie wir sie vor allem auch schützen können.

2024 war das Jahr der Proteste gegen Rechts und gleichzeitig gab es große Wahlerfolge für die AfD. Wo seht ihr Erfolge und was hat eurer Ansicht nach in dieser Zeit nicht geklappt?

Wir haben noch nie so viele Aktionen, Demonstrationen, Demokratiefeste, Straßenkonzerte etc. in Brandenburg gesehen wie in diesem Jahr. Wir haben aber in Gesprächen – zB. nach der Kommunalwahl im Juni – gemerkt, dass viele Engagierte frustriert waren: Sie haben unglaublich viel auf die Beine gestellt und dann kommt es zu diesem Wahlergebnis. Ich denke aber, es ist falsch, diese beiden Dinge in einen kausalen Zusammenhang zu stellen. Das Ziel der vielen Aktionen war es doch vor allem, unseren Einsatz für eine solidarische, demokratische und offene Gesellschaft sichtbar zu machen. Und dieses Ziel wurde erreicht. Dass sich Stärkung demokratischen Engagements nicht direkt in Wahlergebnisse überträgt, finde ich alles andere als verwunderlich. Und vor allem schmälert es in keiner Weise das, was die Menschen in diesem Jahr alles geschafft haben.

Mit welchen Themen sind lokale Initiativen auf euch zugekommen?

Neben der Frage, wie wir auf die wachsende Bedrohung durch die extreme Rechte reagieren sollten, drehen sich viele Anliegen vor allem um den Umgang mit der AfD auf der einen, und um das

sogenannte Neutralitätsgebot und Fragen der Gemeinnützigkeit auf der anderen Seite. Die AfD und andere extreme Rechte versuchen ja schon seit Jahren, die Erzählung zu etablieren, Demokratieprojekte müssten sich „politisch neutral“ verhalten. Eng verwoben damit ist das Feindbild, das die AfD schon vor Jahren konstruiert hat: der angeblich „staatlich finanzierte Linksextremismus“. Beides ist in erster Linie eine Kommunikationsstrategie, es geht darum, Menschen einzuschüchtern. Sich hier nicht kirre machen zu lassen, sondern weiter für demokratische Werte einzustehen und sich zugleich gut auf etwaige Anfeindungen vorzubereiten, wird eine sehr schwierige Aufgabe sein.

Die nächste Wahl steht bevor. Was muss jetzt aus eurer Sicht passieren, um sich als demokratische Zivilgesellschaft gut vorzubereiten?

Vor uns liegen große Aufgaben und die reichen über die nächste Wahl hinaus. Daher wäre es wichtig, die nächste Zeit zu nutzen, um uns gemeinsam zu überlegen, wo wir in drei oder auch fünf Jahren stehen wollen und was es braucht, um das zu erreichen. Da denke ich vor allem daran, wie wir uns gut aufstellen können, um auf Angriffe vorbereitet zu sein. Wie können wir uns, auch über Differenzen hinweg, besser vernetzen? Wie können wir miteinander und voneinander lernen? Wie können wir füreinander da sein, wenn einigen die Puste ausgeht? Denn die Bedingungen für demokratisches Engagement werden vermutlich auf absehbare Zeit nicht besser werden. Aber wir sind uns hoffentlich alle einig, dass Aufhören keine Option ist.

Das vollständige Interview gibt es auf der Webseite der Opferperspektive unter:

www.opferperspektive.de/schattenberichte

ANGRIFFE AUF KANDIDAT:INNEN UND WAHLKAMPFHILFER:INNEN

Vor der Brandenburger Landtagswahl wurden diverse Kandidat:innen und Wahlkampfleiter:innen von Rechten und AfD-Anhänger:innen massiv bedroht und angegriffen.

So wurde am 25. Juli eine Schwarze CDU-Landtagskandidatin beim Aufhängen von Plakaten in Cottbus-Ströbitz von einer Frau rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Die Tochter der Politikerin musste den Angriff miterleben.

In Hohen Neuendorf wurde am 14. August ein 68-jähriger Wahlkampfleiter der Grünen beim Flyerverteilen zunächst beleidigt und anschließend geschlagen und getreten. Der Angreifer stahl dabei auch seine Tasche mit den Flyern. Danach entfernte er sich zunächst, kam jedoch wieder und schlug erneut auf den Betroffenen ein, weil dieser versucht hatte, Fotos von ihm zu machen.

Auf dem Stadtfest, das am selben Tag in Hohen Neuendorf stattfand, wurden Wahlkämpfer der Linken beim Abbau ihres Infostandes von einem AfD-Anhänger attackiert. Zunächst beschimpfte der Täter einen Jugendlichen und griff anschließend einen Linken-Stadtverordneten körperlich an.



Strassenkreuzung in Cottbus-Ströbitz © UK Dokumentar-fotografie

Am 12. September versuchte ein Mann in Oranienburg ein Grünen-Plakat zu beschmieren. Eine zufällig vorbeikommende Radlerin stellte ihn zur Rede und



Ein:e Teilnehmer:in des CSD in Oranienburg steht einem Neonazi gegenüber © Presseservice Rathenow

versuchte, ihn zu fotografieren. Daraufhin stieß er sie vom Fahrrad, beschimpfte sie und trat auf sie ein. Erst als Autos anhielten, ließ der Täter von der Radlerin ab. Bereits am 28. August waren in Oranienburg Wahlkämpferinnen der Linken an einem Infostand bedroht und anschließend angegriffen worden. Der Täter brüllte die drei Frauen an, entriss ihnen eine Tasche mit Wahlkampfmaterial und warf es zu Boden. Umstehende Menschen zeigten sich solidarisch und halfen beim Einsammeln der Materialien.

BEDROHUNGEN UND ÜBERGRIFFE IM KONTEXT DES CSD

In Brandenburg fanden dieses Jahr so viele CSDs statt wie noch nie. Oft unter dem Motto „Queeres Hinterland“ demonstrierten zahlreiche Menschen für queere Sichtbarkeit und eine vielfältige Gesellschaft. Zahlreiche andere Veranstaltungen und Aktionen für LSBTIQ-Rechte fanden rund um den Pride-Month statt. Immer wieder gerieten die Veranstaltungen ins Visier von Rechten.

Aleine in Cottbus wurden dieses Jahr mehr als 14 Pride-Fahnen des Regenbogenkombinats entwendet. Anhänger der Kleinstpartei „Der III. Weg“ störten am 22. Juni die Abschlusskundgebung des CSDs in Bernau, versuchten, die Teilnehmenden einzuschüchtern und zeig-

ten den Hitlergruß. In Eisenhüttenstadt bewarfen junge Neonazis die CSD-Auftaktkundgebung am 20. Juli mit Steinen – dabei wurde glücklicherweise niemand getroffen. In Rathenow bedrohten und beleidigten junge Neonazis am Rande der Demonstration die Teilnehmenden. Zuvor hatten Unbekannte bereits queere feindliche Sprüche am Bahnhof gesprüht und Stromkästen in den Farben der Reichskriegsfahne beschmiert. Besonders viele Anfeindungen ereigneten sich rund um den CSD in Oranienburg am 21. September. Nachdem die Organisator:innen bereits im letzten Jahr Bedrohungen ausgesetzt waren, kam es 2024 zu direkten Übergriffen. Die extrem rechte Jugendorganisation „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) mobilisierte zu einer Gegenveranstaltung, deren Route direkt an den CSD anschloss. Dem Aufruf folgten knapp 50 Neonazis. Trotz der rechten Mobilisierung demonstrierten und feierten ca. 1.000 Menschen beim Oranienburger CSD. Neben verbalen Anfeindungen kam es zu bedrohlichen Szenarien durch die Neonazis während und nach der Kundgebung auf dem Schloßplatz. Später, nach der inoffiziellen CSD-Party der Linksjugend, kam es erneut zu verbalen Übergriffen und Bedrohungen. Ein Gast wurde von einem Rechten geschubst. Auf dem Heimweg von der Party wurde eine Person, die zuvor den CSD besucht hatte, vom Fahrrad gestoßen und bewusstlos geschlagen.

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

NEUE PODCASTFOLGE: „BRANDENBURGER BASE- BALLSCHLÄGERJAHRE“

In der sechsten Folge des Podcasts „Brandenburger Baseballschlägerjahre“ begeben wir uns in Lauchhammer und Neuruppin auf Spurensuche. Wir besuchen Orte, an denen nicht-rechte Jugendliche in den 1990er und 2000er Jahren Rückzugsmöglichkeiten und Treffpunkte fanden. Anzuhören ist der Podcast auf allen Streaming-Plattformen und auf unserer Internetseite.

ABSCHLUSS DER SPENDENKAMPAGNE „NOTGROSCHEN“

Dank der Solidarität vieler Unterstützer:innen konnten wir mit unserer Kampagne „Notgroschen“ 20.600 Euro sammeln. Wir danken allen, die mit ihrer Spende geholfen haben, die Struktur unserer Arbeit zu sichern und dafür zu sorgen, dass die Opferperspektive funktionsfähig bleibt. Weitere Informationen zu dieser Spendenaktion finden Sie auf unserer Internetseite.

AUSSTELLUNG „OPFER RECHTER GEWALT SEIT 1990 IN DEUTSCHLAND“ BEEENDET

Seit 20 Jahren verleihen wir die Ausstellung der Künstlerin Rebecca Forner, die das Schicksal von 183 Todesopfern rechter Gewalt dokumentiert. Wir mussten die Ausstellung regelmäßig aktualisieren und für Leihnehmende wurde es zunehmend schwieriger, geeignete Räume zu finden, um sie zu präsentieren. Deshalb ist es nun an der Zeit, dieses wichtige Projekt zu beenden.

BUCHREZENSION: NOSTALGIA

Dass es eine spezifische Geschichte Ostdeutschlands als Migrationsgesellschaft gibt, ist erst in den letzten Jahren wirklich Teil der öffentlichen Debatte geworden, als die Kinder der einstigen „Vertragsarbeiter:innen“ die Geschichten ihrer Familien zu erzählen begannen. Ebenfalls aus Sicht der 2. Generation erzählt der Potsdamer André Kubiczek nun eine andere Geschichte von Migration in die DDR. In seinem autobiografisch geprägten Roman „Nostalgia“ schildert er vor allem aus der Perspektive des Sohnes das Schicksal einer in die DDR eingewanderten Mutter, die im Buch den Namen Teo trägt.

Teo, Tochter eines wichtigen bürgerlichen antikolonialen Politikers in Laos, lernt beim Studium in der Sowjetunion einen DDR-Bürger kennen und beginnt eine Liebesbeziehung mit ihm. Gegen

alle Widerstände gelingt es dem Paar, gemeinsam in die DDR zu ziehen. Dort bekommen die beiden zwei Kinder. Sie führen das Leben einer DDR-Akademiker:innenfamilie in einer der begehrten Neubauwohnungen in Potsdam. Neben der kleinbürgerlichen Piefigkeit der DDR belastet dabei allerdings der ständig präsente Alltagsrassismus das Familienleben. Punktuell können sich die Eltern des Erzählers dagegen zur Wehr setzen – auch unter Rückgriff auf die sozialistische Staatsdoktrin. Erfolglos ist jedoch der Kampf gegen eine unheilbare Krankheit: Während die DDR ihrem Ende entgegen taumelt, stirbt Teo in einem Land, das ihr immer fremder wird, an Krebs.

Kubiczeks Roman, der seine Protagonist:innen in all ihrer Widersprüchlichkeit ernst nimmt, ist nicht nur ein warmherziges Denkmal für eine Frau,

die sich jeden Tag ihren Platz in der Welt erkämpft hat. Er schildert zudem die Vorgeschichte der Baseballschlägerjahre auf genau beobachtete und unaufgeregte Art.

André Kubiczek: „Nostalgia“. Roman. Rowohlt, Berlin 2024. 400 S., geb., 25,- Euro.



© Rowohlt Berlin Verlag

SPENDENKONTO

SOZIALBANK

IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33XXX PAYPAL: info@opferperspektive.de

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
www.opferperspektive.de

Tel: +49 (0) 331 8170000
info@opferperspektive.de
Redaktion: Joschka Fröschner



15 JAHRE ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG BRANDENBURG: MEILENSTEINE UND AUSBLICK



© ADB

Im September 2009 startete die ADB ihr Beratungsangebot und gleich bei den ersten Fällen zeigte sich, wo die Schwerpunkte auch in den nächsten 15 Jahren liegen würden: insbesondere auf Rassismus im Wohnumfeld, in der Schule und durch Behörden. Wie kam es eigentlich dazu, dass eine Organisation, die elf Jahre zuvor mit der Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt begonnen hatte, nun zusätzlich in die Antidiskriminierungsberatung einstieg?

Wer sich die Statistiken zu rechter Gewalt in Brandenburg anschaut, erkennt schnell, dass ein Großteil dieser Taten aus einer rassistischen Motivation heraus begangen wird. Dies hat sich seit Gründung der Opferperspektive nie geändert. In den Beratungen der Betroffenen erleben wir immer wieder, dass die Gewalttat oft nur die Spitze des Eisberges ist und die Betroffenen im Alltag mit wiederkehrenden Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert sind: beim Einkauf, am Arbeitsplatz, in öffentlichen

Verkehrsmitteln oder durch Nachbar:innen. Diese Diskriminierungserfahrungen können in der Gewaltopferberatung aber kaum bearbeitet werden, und ein ergänzendes Beratungsangebot gab es in Brandenburg nicht. Der Zeitpunkt für die Gründung einer Antidiskriminierungsberatung war 2009 günstig. Im Zuge der politischen Debatte darum, wie in Brandenburg die Willkommenskultur gestärkt werden kann, bestand auf Landesebene die Bereitschaft, ein solches Beratungsangebot finanziell zu fördern. Das Büro der damaligen Landesintegrationsbeauftragten Prof. Dr. Karin Weiß und die bei ihr angesiedelte Landesstelle für Antidiskriminierung unterstützten die Opferperspektive auch inhaltlich dabei, ein qualifiziertes Beratungsangebot für Betroffene rassistischer Diskriminierung zu entwickeln.

Neben der Beratung in Fällen rassistischer Diskriminierung entwickelte sich mit der politischen Antidiskriminierungsarbeit schnell ein weiteres Tätigkeitsfeld der ADB. 2011 erschien die erste

Publikation zu Empowerment und Diskriminierung in Brandenburg. Es folgten Publikationen zu Alltagsrassismus, Diskriminierung auf dem Wohnungs- und dem Arbeitsmarkt und zu Grundrechten in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Auch ein Podcast zur Diversität in der Sozialen Arbeit in Brandenburg ging an den Start. Die ADB führt außerdem eine Kampagne für ein Bankkonto für alle ins Leben. Sie fordert unermüdlich die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes und weiterer Maßnahmen für mehr Diskriminierungssensibilität im Land. Außerdem entwickelt sie Fortbildungsangebote zu Rassismus, Diskriminierung und Diversität und führt überall im Land Fortbildungen durch.

Mit diesen Aktivitäten ist es der ADB gelungen, sich als Expertin für Antidiskriminierungsarbeit bekannt zu machen.

Im Laufe der Jahre wurde die Arbeit mehr und mehr lokal verankert. 2017 begann der Aufbau eines Antidiskriminierungsbüros für die Stadt Potsdam und 2021 eröffnete ein weiteres Büro in Cottbus. So ist die ADB für Betroffene besser erreichbar und kann ihre Themen besser an lokale Akteur:innen herantragen.

Fälle von rassistischer Diskriminierung waren bis Ende 2022 das ausschließliche Tätigkeitsgebiet der ADB. 2023 gelang es, Fördermittel für eine Erweiterung des Beratungsangebots auf alle Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Behinderung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden, zu erhalten.

Als Team der ADB sind wir stolz auf das, was wir in den vergangenen 15 Jahren erreicht haben – und wir sind froh über das Vertrauen, das uns die vielen Men-

schen entgegengebracht haben, die sich an uns gewandt haben. Mit den zeitlichen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, geraten wir mit unserem Ziel, Betroffenen möglichst schnell Beratung und Unterstützung anzubieten, an die Grenzen unserer Kapazitäten. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir mitunter für kurze Zeiträume keine neuen Fälle annehmen können oder Betroffene bitten müssen, eine längere Wartezeit bis zu einer Erstberatung in Kauf zu nehmen.

Der Blick auf die Zukunft bereitet uns erst recht Sorgen. Einerseits haben sich die politischen Verhältnisse in Brandenburg deutlich verschärft. Schon seit Jahren spüren wir, dass bspw. Rassismus und Queerfeindlichkeit sagbarer geworden sind und in so manchem Fall ganz unverhohlen zum Ausdruck kommen. Mit der AfD sitzt dazu eine Partei im Landtag, die solche Positionen offensiv vertritt und dort inzwischen über ein Drittel der Sitze verfügt. Antidiskriminierungsberatung wäre also nötiger denn je. Jedoch stehen massive Budget-Kürzungen im Raum (siehe Kasten)!

Besonders positiv sind die Aussichten für die Zukunft also nicht. Dennoch steht für uns fest, dass wir uns weiter für unser zentrales Ziel einsetzen werden: gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, die in Brandenburg leben.

IM ERSCHEINEN: ADB-BROSCHÜRE ZU DISKRIMINIERUNG AN SCHULEN

Seit letztem Jahr nimmt die ADB einen deutlichen Anstieg der Meldungen von rassistischer Diskriminierung und Mobbing an Schulen in Brandenburg wahr. Solchen Vorfällen an der Schule angemessen zu begegnen, ist oft besonders komplex. Zugleich ist es unerlässlich, die Betroffenen wirksam zu unterstützen, denn Diskriminierungserfahrungen können gerade auf junge Menschen tiefgreifende Auswirkungen haben.

Vor diesem Hintergrund erscheint im Januar 2025 eine Broschüre, die sich mit Antidiskriminierung im Schulkontext beschäftigt: mit Erfahrungsberichten, Hintergrundinfos – etwa zur rechtlichen Situation – und vielen konkreten Tipps aus der Praxis für die Praxis. Sie versammelt die Expertise unterschiedlicher Autor:innen. Die Texte richten sich an betroffene Schüler:innen, ihre Freund:innen und Angehörigen, sowie an engagierte Lehrkräfte und Schulteams. Sie soll ihnen allen eine Unterstützung sein, um auf unterschiedlichen Ebenen gegen Diskriminierung vorzugehen und Betroffene effektiv zur Seite zu stehen.

Die Broschüre wird digital ab dem 1.1.2025 auf der Website der ADB zu finden sein und kann auf Anfrage per Post zugeschickt werden.



ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG VOR DEM AUS!?

Seit 2023 hat die ADB ihr Beratungsangebot auf alle gesetzlich geschützten Diskriminierungsmerkmale ausgeweitet und berät z.B. auch Menschen mit Behinderung oder queere Menschen. Brandenburg ist damit seinem Ziel näher gekommen, diskriminierungsbetroffenen Personen den Zugang zu professioneller Unterstützung zu ermöglichen. Das Projekt wird durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sowie durch Landesmittel gefördert. Nun haben wir erfahren, dass die Bundesförderung wegen des fehlenden Haushalts bereits im Juni 2025 eingestellt wird. Trotz vollmundiger Zusicherungen, Demokratieprojekte auch in schwierigen Zeiten fortzuführen, haben wir und weitere Projekte keine Gelder mehr für unsere Arbeit. Die Zukunft der AD-Beratungslandschaft steht somit bundesweit auf der Kippe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

SPENDENKONTO

Sozialbank
IBAN: DE38370205000003813100
BIC: BFSWDE33XXX
Betreff: Antidiskriminierung
Paypal: info@opferperspektive.de

KONTAKT

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG BRANDENBURG

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 581 076 76
antidiskriminierung@opferperspektive.de
www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

Redaktion: Joschka Fröschner